

42. Bayerisches Wirtschaftsgespräch mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger

Montag, 21.01.2019, um 19:00 Uhr

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Begrüßung

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
unser heutiger Gesprächsgast hat die
Freien Wähler zu dem gemacht, was sie im
Jahr 2019 sind: Drittstärkste Kraft im
Bayerischen Landtag und Regierungspartei!

Sehr geehrter Herr stellvertretender
Ministerpräsident, lieber Hubert,

herzlichen Dank, dass Du heute hier bist
und mit uns über die wirtschaftliche Zukunft
des Freistaats sprichst.

Meine Damen und Herren,

die wirtschaftlichen Rahmendaten für
Bayern sind weiterhin gut.

- Im Dezember verzeichneten wir eine
Arbeitslosenquote von nur 2,7 Prozent.
Das ist bundesweit der niedrigste Wert
und das beste Dezember-Ergebnis seit
1980.
- Wir müssen jedoch feststellen, dass
sich die Konjunktur immer mehr

abkühlt. Der Wind bläst uns ins Gesicht:

- 2017 hatten wir ein Wirtschaftswachstum in Bayern in Höhe von +2,8 Prozent.
- 2018 werden wir im Freistaat wohl bei +2,2 Prozent landen. Das sind 0,3 Prozent weniger als unsere ursprüngliche Pognose. Verantwortlich dafür ist das schwache zweite Halbjahr. Im Bund gab es 2018 nur ein Plus von 1,5 Prozent.
- Für 2019 erwarten wir für Bayern ein Wachstum von nur noch 1,5 Prozent.

Eine wichtige Ursache für diese Abkühlung sind die weltwirtschaftlichen Unsicherheiten.

Ich nenne nur

- den Brexit, der jetzt tatsächlich ein „harter“ werden könnte – das Chaos in

Großbritannien hat unglaubliche Dimensionen angenommen,

- die internationalen Handelskonflikte, insbesondere zwischen den USA und China sowie zwischen USA und EU.
- die Haushaltspolitik Italiens,
- die Herausforderungen in Frankreich und
- die Finanzkrisen in der Türkei und in Argentinien.
- Der Russland- Ukraine-Konflikt sowie
- die Situation im Iran.

Diese Entwicklungen sind für die gesamte Weltwirtschaft von Bedeutung – das gilt für Bayern als Exportland ganz besonders.

Allein die Unsicherheit ist belastend.

Je nachdem, ob und in welchem Ausmaß die Risiken Realität werden, kann die

konjunkturelle Abkühlung noch stärker ausfallen als derzeit prognostiziert.

Kontraproduktiv ist es angesichts dieser Entwicklungen, wenn wir uns in Deutschland selbst Knüppel zwischen die Beine werfen!

Das gilt vor allem für den Umgang mit der Automobilindustrie.

Unsere Leitbranche befindet sich derzeit in einem tiefgreifenden Strukturwandel.

Zentrale Herausforderungen sind

- die Digitalisierung, also das automatisierte und autonome Fahren und
- die technologische Entwicklung bei den Antriebssystemen.

Doch anstatt der Branche den Rücken zu stärken, führen wir in Deutschland eine irrsinnige Diesel-Debatte.

Die Luft in Deutschland ist so sauber wie noch nie. An vielen Messstellen in Bayern ist die Stickstoffdioxidbelastung zuletzt gesunken und liegt unter der Grenze von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft.

Die Umwelthilfe muss ihren Feldzug für Fahrverbote also schleunigst beenden!

Der Umwelthilfe muss jetzt Einhalt geboten werden!

Das fordern zum Glück auch viele bayerische Politiker.

Im Freistaat steht die Automobilindustrie für 30 Prozent der industriellen Wertschöpfung.

Wenn die Automobilindustrie hustet, ist Bayern krank! Daher bereiten uns die aktuellen Zahlen Sorge.

- Die Produktion in der bayerischen Automobilindustrie lag von Juli bis November um über acht Prozent niedriger als im Vorjahr.

- Die Pkw-Exporte aus Bayern waren im selben Zeitraum sogar um ein Viertel niedriger als im Vorjahr.

Vieles liegt natürlich an den Problemen bei der Umstellung auf das neu eingeführte Testverfahren WLTP. Aber nicht alles!

Meine Damen und Herren,

- Wir haben nach der Finanzmarktkrise durch überzogene Regulierungen schon unsere Finanzbranche geschwächt – unsere Banken befinden sich teilweise immer noch im Krisenmodus.
- Wir haben durch Alleingänge unsere Energiewirtschaft in Schwierigkeiten gebracht.
- Und nun sind wir auf dem besten Weg, unsere Leitindustrie zu beschädigen.

Es reicht!

Im Strukturwandel der Automobilindustrie haben bayerische Hersteller und Zulieferer insgesamt eine gute Ausgangsposition.

Die Politik muss sie jetzt dabei unterstützen, diesen Vorteil zu nutzen.

Wir müssen jetzt den Automobilpakt Bayern, den wir im Sommer geschlossen haben, mit Leben füllen und konkrete Projekte definieren.

Ein zweites Thema, das uns auf den Nägeln brennt, ist die bayerische Energiepolitik.

Nach dem Abschalten der letzten bayerischen Kernkraftwerke Ende 2022 müssen wir in Bayern eine breite Versorgungslücke schließen.

Die Übertragungsleitungen werden nicht vor 2025 fertiggestellt.

Zusätzlich wird im Februar die „Kohlekommission“ ihre Vorschläge zum

vorgezogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung vorlegen.

Die Bayerische Staatsregierung muss alles daransetzen, um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten.

Zudem dürfen unsere Unternehmen wegen der hohen Strompreise nicht an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen!

Der bayerische Energiegipfel hat erneut gezeigt, dass es nicht das eine Mittel gibt, um Unternehmen und Bürgern jederzeit eine ausreichende Strommenge zu vernünftigen Preisen garantieren zu können.

Wir brauchen einen vernünftigen Mix!

Dazu müssen wir

- zusätzliche Potenziale erneuerbarer Energien erschließen,
- Speichertechnologien voranbringen,
- die Digitalisierung nutzen und das Stromnetz ausbauen.

- Auch moderne Gaskraftwerke leisten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit, weil sie kurzfristig und bedarfsgerecht eingesetzt werden können.

Jetzt muss es darum gehen, die zusätzlichen Potenziale herauszuarbeiten und zügig zu nutzen.

Parallel müssen wir die beiden Übertragungsnetzprojekte SuedLink und SuedOstLink schnellstmöglich fertigstellen!

Sie bringen uns drei wesentliche Vorteile:

Erstens: Sie schaffen eine leistungsfähige Verbindung zwischen Nord und Süd und reduzieren Kosten durch Netzengpässe.

Zweitens: Sie helfen, die Teilung der einheitlichen deutschen Strompreiszone abzuwenden, die gerade in Bayern zu höheren Strompreisen führen würde.

Schließlich helfen sie uns drittens, unsere Versorgungssicherheit langfristig zu sichern.

Meine Damen und Herren,

die Politik muss jetzt entscheiden, wo der fehlende Strom nach 2022 versorgungssicher herkommen soll.

Wenn alle Stricke reißen, dann darf auch die Verlängerung der Laufzeiten der bayerischen Kernkraftwerke kein Tabu mehr sein – zumal sie sicher und klimaneutral sind.

Ein weiteres drängendes Thema ist die Fachkräftesicherung.

Hier haben wir zusammen mit der Staatsregierung im Oktober 2018 ein umfassendes Maßnahmenpaket präsentiert.

Die Initiative trägt den Namen „Fachkräftesicherung Plus“.

Mit ihr wollen wir bis 2023 rund 250.000 zusätzliche Fachkräfte für die Unternehmen im Freistaat gewinnen.

Meine Damen und Herren,

die neue bayerische Regierung ist seit gut zwei Monaten im Amt.

Die 100 Tage, die man jeder Regierung geben sollte, bevor man ein erstes Urteil fällt, sind noch nicht vorbei.

Dennoch kann ich jetzt schon sagen: Was die schwarz-orange Staatsregierung im Koalitionsvertrag vereinbart hat, ist vielversprechend.

Der Koalitionsvertrag geht in weiten Teilen in die richtige Richtung. Er ist eine gute Basis für den weiteren Erfolg des Freistaats.

Zwar sehen wir als vbw auch einige Vorhaben kritisch. Ich nenne hier vor allem

das Moratorium bei der 3. Startbahn am Münchener Flughafen.

Damit geht nur wichtige Zeit verloren, in der andere Flughäfen versuchen werden, dem Münchner Flughafen die Drehkreuzfunktion streitig zu machen.

Unser Minimalziel muss es jetzt sein, anhand objektiver Kriterien ein bayerisches Flughafenkonzept zu erarbeiten, das die Notwendigkeit des Ausbaus verdeutlicht.

Alles in allem ist der Koalitionsvertrag aber zukunftsweisend und adressiert die großen Herausforderungen, wie

- die Digitalisierung,
- den Erhalt des Automobilstandorts,
- den Fachkräftemangel
- und den Bürokratieabbau.

Gleichzeitig wird die erfolgreiche Politik Bayerns in den Bereichen Bildung, Finanzen und innere Sicherheit fortgeführt.

Das stimmt uns optimistisch!

Weniger positiv sehen wir die Bundespolitik.

Anders als in Bayern existiert in Berlin ein Umsetzungsproblem.

Man blockiert sich gegenseitig.

Schwarz-Rot hat in den vergangenen Jahren keinen guten Job gemacht.

Wir leben auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder!

Die Politik der GroKo ist gekennzeichnet durch zusätzliche Regulierung und ausufernde Sozialausgaben.

Abgesehen davon hat die Bundesregierung auch bei der Zuwanderungspolitik die Sorgen und Ängste der Menschen zu wenig ernst genommen.

Und es wird zu wenig in die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft investiert.

Eine aktuelle Studie der Stiftung Familienunternehmen untermauert das.

Deutschland fiel in dem Standortranking, das alle zwei Jahre erhoben wird, von Platz 12 auf Rang 16 zurück.

Negativ fielen folgende Punkte ins Gewicht:

- die hohen Arbeitskosten,
- die extrem hohen Strompreise,
- die digitale Infrastruktur
- und vor allem die im internationalen Vergleich sehr ungünstige steuerliche Situation der Unternehmen.

Besorgniserregend ist auch, dass in dem Ranking sogar der ehemalige Krisenstaat Portugal vor Deutschland steht.

Fazit: Spitze, meine Damen und Herren,
sind wir nur bei der Steuerbelastung!

Sinnbildlich für die Desorientierung in Berlin
ist die aktuelle Diskussion über die
Abschaffung von Hartz IV.

Die Hartz-IV-Reformen sind ein riesiger
Erfolg!

Die Zahl arbeitsloser Hartz-IV-Empfänger
sank zwischen 2007 und 2018 von über
2,4 Millionen auf 1,5 Millionen. Das ist ein
Rückgang in Höhe von über 37 Prozent.

Solche Erfolge dürfen nicht leichtsinnig in
Frage gestellt werden.

Anstatt die Agenda 2010 weiter
auszuhöhlen, brauchen wir endlich eine
mutige und entschlossene Politik, die die
Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in
den Mittelpunkt rückt. Zum Beispiel mit

- der vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlages und möglichst auch der kalten Progression.
- der Senkung der Unternehmenssteuern,
- geringeren Belastungen bei der Einkommenssteuer,
- einem energiepolitischen Gesamtkonzept und der Abschreibung bei der energetischen Gebäudesanierung,
- einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung – weg von einer täglichen und hin zu einer wöchentlichen Betrachtung für alle Branchen
- sowie der Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung.

Wir brauchen einfach wieder bessere Rahmenbedingungen, die die Zukunft und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in den Blick nehmen.

Und wir brauchen wieder Visionen und konkrete Lösungen für die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandortes.

Zum Schluss noch ein Blick auf Europa.

Die EU ist leider in keinem guten Zustand.

Für die EU wird 2019 richtungsweisend. Im Mai steht die neunte Europawahl an.

Im Vorfeld gilt es, Populisten die Stirn zu bieten und sie argumentativ zu stellen.

Zudem müssen wir den EU-Reformprozess voranbringen, dabei aber Maß halten:

Europa muss stark und stabil sein, aber schlank bleiben! Wir müssen Bürokratie und Regulierung zurückdrängen.

Hier, lieber Hubert, halte ich es mit unserem niederbayerischen Landsmann Manfred Weber, dem Spitzenkandidaten der EVP:

Brüssel darf nicht als Welt der Bürokraten
wahrgenommen werden. Wir müssen
Europa den Menschen zurückgeben!

Meine Damen und Herren,

ich freue mich jetzt auf die Ausführungen
unseres stellvertretenden
Ministerpräsidenten.

Lieber Hubert, Du hast das Wort!